

G20 Africa Brief

Nachhaltige Entwicklung in Afrika: Was kann die (deutsche) Wirtschaft tun?

Carolin Welzel, Julia Callies, Katharina Loy, Matthias Wachter (alle BDI) ¹

Christine Hackenesch, Julia Leininger, Tilman Altenburg (alle DIE)

Paradigmenwechsel in den Außenbeziehungen mit Afrika

Die deutsche Politik möchte ihre Beziehungen mit Afrika grundlegend verändern. Einer engeren Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Politik kommt in den Reformpartnerschaften mit Afrika („Compacts with Africa“) der Bundesregierung eine zentrale Rolle zu. **Die ersten Reformpartnerschaften mit Ländern wie Ghana, Ruanda oder Senegal sind Thema auf dem am 12. und 13. Juni 2017 stattfindenden [Afrika-Gipfel der deutschen G20-Präsidentschaft](#).** Ziele der Kooperation sind wirtschaftspolitische Reformen, die zu mehr Wohlstand und zur nachhaltigen Entwicklung afrikanischer Volkswirtschaften und Gesellschaften beitragen sollen. Auch wenn mittlerweile knapp die Hälfte der afrikanischen Staaten als Mittlereinkommensländer gilt, hat das durchschnittliche, jährliche Wachstum von 4,1 Prozent in den vergangenen Jahren nur selten signifikant zur Armutsreduzierung beigetragen. Es stellt sich daher die Frage wie diese Bilanz durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik verbessert werden kann.

Gemeinsam mit afrikanischen Partnern können Entwicklungspolitik und deutsche Unternehmen zu nachhaltiger Entwicklung in Afrika beitragen. Das kann gelingen, wenn die Zusammenarbeit auf bestimmten Prinzipien und Prioritäten basiert, wie sie in den folgenden **fünf Vorschlägen für die Förderung wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern** formuliert werden.

Vorschlag 1: Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Entwicklung

Im Jahr 2035 werden über 50 Prozent der Bevölkerung Afrikas unter 18 Jahren sein; die Zahl der Arbeitssuchenden steigt an. Nur durch *produktive* und dauerhaft stabile Beschäftigung kann Wohlstand geschaffen und Armut vermindert werden. Gelingt dies nicht, drohen prekäre Lebenssituationen, weiterwachsende Ungleichheit und gesellschaftliche Destabilisierung. **Viele Investitionshemmnisse wie Korruption oder Rentiergesellschaften sind vorwiegend politischer Natur und können weder finanziell noch technisch gelöst werden.** Um wirtschaftliches Wachstum in nachhaltige Entwicklung zu transformieren und mehr Investitionen anzuziehen, ist daher eine Veränderung der politischen und sozialen Rahmenbedingungen notwendig.

¹ Carolin Welzel, EZ-Scout beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Katharina Loy, Projektkoordinatorin Verbandspartnerschaft BDI/EABC, Julia Callies, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung beim BDI, Matthias Wachter, Leiter der Abteilung Sicherheit, Rohstoffe und Afrika beim BDI.
Christine Hackenesch, Leiterin des Forschungs- und Beratungsprojektes „EU Politik für globale Entwicklung“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik; Julia Leininger, Leiterin der Abteilung „Governance, Statehood and Security“ (DIE); Tilman Altenburg, Leiter der Abteilung „Nachhaltige Wirtschafts- und Sozialentwicklung“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz müssen zentraler Teil deutscher und europäischer Kooperation mit Afrika bleiben. Gerade hier ist die Kooperation zwischen Staat, Politik und Wirtschaft zentral. Ohne effektive Regierungsführung, ohne spürbare Zurückdrängung der Korruption und ohne eine adäquate, reformorientierte Wirtschaftspolitik verpuffen Anstrengungen zur Förderung wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit. Eine arbeitsfähige Verwaltung, Rechenschaftslegung der Regierungen, Rechtssicherheit für Menschen und Güter sowie ein hohes Maß an Verlässlichkeit am Investitionsstandort sind Grundvoraussetzungen, die zunächst afrikanische Staaten selbst gewährleisten müssen. Auch der öffentliche Dialog über marktwirtschaftliche Leitbilder und Prinzipien gehört dazu. Externe Akteure wie Deutschland, die Europäische Union und die G20-Staaten können sie darin unterstützen. Effektives Regieren allein reicht jedoch nicht immer aus. Aktuelle Beispiele wie Äthiopien zeigen, dass Länder mit vergleichsweise effektiven aber nicht demokratisch legitimierten Regierungen kurz- und mittelfristig, aber nicht langfristig stabil sind. Die Förderung von demokratischen Strukturen sollte bei Deutschland und der EU daher wieder stärker in den Fokus rücken.

Vorschlag 2: Bildung ausbauen – Grundbildung, berufliche und tertiäre Bildung

Eine wichtige Säule für die Entwicklung vieler afrikanischer Staaten ist das Thema Bildung. Die engen Zusammenhänge zwischen Bildung und demographischem Wandel sind wissenschaftlich gut belegt. **Investitionen in eine qualitativ hochwertige Grundbildung, insbesondere für Mädchen, und in tertiäre Bildung sind notwendig.** Darüber hinaus erhöhen **verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten in handwerklichen, technischen und kaufmännischen Berufen** – idealerweise mit einem hohen Praxisbezug – für junge AfrikanerInnen die Perspektiven auf ein wirtschaftliches Auskommen. Die deutsche duale Ausbildung kann hierfür Vorbild sein. Für erfolgreiche und nachhaltige Investitionen afrikanischer und deutscher Unternehmen sind gut ausgebildete lokale Mitarbeiter eine wichtige Voraussetzung. Deutsche Unternehmen leisten hierzu bereits in vielen Projekten einen wichtigen Beitrag. Mehr **Kooperationen mit lokalen Institutionen** können diese Anstrengungen nachhaltig verankern.

Vorschlag 3: Förderung von Wirtschaftssektoren mit „Pull“-Effekt

Afrika hat ein ausgeprägtes Infrastrukturdefizit. Ein gut ausgebautes Infrastrukturnetz ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften. Das wird auch in der Agenda 2063 der Afrikanischen Union betont. Vor allem in fünf Sektoren können privatwirtschaftliche Investitionen einen entscheidenden Unterschied für Strukturwandel in Afrika bedeuten: **Industrielle Wertschöpfung, Energie, Transportwesen, nachhaltige Urbanisierung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).**

Angesichts der rasanten Urbanisierung – zwei Drittel der afrikanischen Bevölkerung wird 2050 in Städten leben – ist der **nachhaltige, klimaverträgliche Auf- und Ausbau städtischer Infrastruktur** zentral. Eine zuverlässige Stromversorgung gewährleistet, dass Unternehmen ungehindert arbeiten können und ein solides Telekommunikationsnetzwerk sichert einen schnellen Datenfluss. Ein effektives Transportwesen ermöglicht es Unternehmen, ihre Güter und Dienstleistungen schnell und sicher zu den Märkten und damit den Menschen zu bringen.

Ein besonders großes Potenzial liegt in der **Verarbeitung und Diversifizierung von Nahrungsgütern** für die wachsende Bevölkerung in Afrika. Angesichts des weltweiten Bevölkerungswachstums und immer höheren Ansprüchen an Nahrungsmittel ist zu erwarten, dass der Wert von Ressourcen stark ansteigen und sich deren kommerzielle Inwertsetzung beschleunigen wird. Afrika ist der einzige Kontinent, der noch über umfangreiche Flächen mit erheblichen ungenutzten Produktivitätspotenzialen verfügt. Die **Intensivierung der Landwirtschaft** auf ökologisch nachhaltige Weise ist vermutlich der stärkste Hebel, stabile Jobs zu schaffen. Die Produktivität muss erhöht werden. Inklusiv Agrarentwicklung setzt Verbesserungen in vielen komplementären Bereichen voraus, z. B. bei der Ausbildung der Agrarbevölkerung, der Bereitstellung aktueller Informationen über Märkte und Standards sowie dem Einsatz neuer Technologien, Steigerung der Absorptionsfähigkeit für diese Technologien, Zugang zu Krediten und Versicherungsdienstleistungen, Verbesserung ländlicher Infrastruktur, Stärkung von Verbänden etc.

Vorschlag 4: Finanzierungsinstrumente und soziale Sicherung weiterentwickeln

Afrika braucht mehr private ausländische Investitionen. Wenn deutsche Unternehmen hier eine größere Rolle spielen sollen, bedarf es einer stärkeren Absicherung von Risiko- und Investmentkapital durch staatliche Garantien und Bürgschaften. Um unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssten Hermesdeckungen deutlich flexibler gestaltet werden hinsichtlich internationaler Wertschöpfungsketten und geänderter Marktanforderungen.

Deutsche Investitionen sollten so gestaltet sein, dass **Brücken zwischen informellen Kleinunternehmen und großen formellen Unternehmen in Afrika gebaut werden**. Dadurch können kleinere afrikanische Unternehmen in Wertschöpfungsketten integriert werden. In diesen Kooperationen sollten Verbandsstrukturen, Technologietransfer und *micro franchising* berücksichtigt werden. In vielen Ländern sind Industrie- und Handelspolitik einerseits und Kleingewerbeförderung andererseits institutionell getrennt. Dies erhöht die Segmentierung zusätzlich.

Soziale Sicherungssysteme müssen aufgebaut werden. Vor allem informelle Kleinunternehmer tendieren dazu, Ersparnisse zu horten anstatt sie anzulegen. Erst wenn sie gegen grundlegende Risiken (wie z. B. Krankheit, Tod des Unternehmers, Nachfrageeinbruch etc.) abgesichert sind, steigt die Bereitschaft, in Human- oder Sachkapital zu investieren. So steigen die erwarteten Gewinne und neue Risiken können in Kauf genommen werden. Soziale Sicherung wird deshalb als „vergessener Produktionsfaktor“ bezeichnet und kann von der deutschen Entwicklungspolitik noch mehr gefördert werden.

Vorschlag 5: Intraregionalen Handel ausbauen

Für Afrika, wie auch für die deutsche Wirtschaft, ist die Stärkung der **regionalen Wirtschaftsintegration** von großer Bedeutung. Viele afrikanische Märkte sind für Investitionen zu klein und zwar nicht mit Blick auf die Anzahl potenzieller Kunden, sondern in Bezug auf ihre Kaufkraft. Größere Märkte mit Freizügigkeit für Beschäftigte, Waren, Dienstleistungen und Kapital erhöhen die Attraktivität afrikanischer Länder für lokale und ausländische Investoren. Zudem kann vermehrter, grenzüberschreitender Handel zu mehr Wettbewerb auf den heimischen Märkten führen. So können Skalenerträge genutzt, die Produktionskosten gesenkt, die Produktvielfalt erhöht und somit mehr wirtschaftliche Aktivitäten generiert werden.

d.i.e



Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik

German Development
Institute



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Die *Economic Partnership Agreements* (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, EPAs) mit der EU können einen Beitrag zu regionaler Integration leisten. In der [Umsetzung der EPAs](#) sollten die Bedenken der AKP-Länder deshalb gezielt angesprochen, **regionale afrikanische Integrationsprozesse besser gestärkt** und in diesem Sinne begleitende Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen werden.

Kontakt:

Bundesverband der Deutschen Industrie: Matthias Wachter, m.wachter@bdi.eu

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik: Julia Leininger, julia.leininger@die-gdi.de